



# Vom Generationenvertrag zum Generationenkonflikt?

Die Aussichten auf ein langes Leben werden immer besser – mit weitreichenden Folgen für den Einzelnen und die Gesellschaft. Das Buch *Die Zukunft des Alterns*, herausgegeben vom Präsidenten der Max-Planck-Gesellschaft Peter Gruss, beleuchtet unterschiedliche Aspekte des Alterns. Dafür haben Max-Planck-Wissenschaftler zwölf Beiträge verfasst, deren Themen von den biologischen Grundlagen bis zu den politischen Konsequenzen reichen. Wir veröffentlichen hier die gekürzte Fassung eines Textes von **WOLFGANG STREECK**, Direktor am **MAX-PLANCK-INSTITUT FÜR GESELLSCHAFTSFORSCHUNG**, über Politik in einer alternden Gesellschaft.

**Z**u den Themen, die den Sozialwissenschaften heute aus der Gesellschaft heraus gestellt werden, gehören die politischen Auswirkungen der fortschreitenden Alterung der Bevölkerung. Mittlerweile gilt es als Gemeinplatz, dass die zunehmende Zahl alter und sehr alter Menschen die öffentliche Daseinsvorsorge mit schwierigen Herausforderungen konfrontiert, die weit über die Notwendigkeit der Finanzierung wachsender Rentenzahlungen

hinausreichen. Wie soll der notwendig gewordene altersfreundliche Umbau der Gesellschaft aussehen und wie soll er bewältigt werden?

Mit dem Altern der Gesellschaft ändern sich nicht nur die Anforderungen an Politik und Verwaltung, sondern auch die Politik selbst und das Bild des Alters, das ihr bisher unterlag. Je weiter der Bevölkerungsanteil der Alten zunimmt, desto schwerer wird es, sie sich als passive Empfänger wohlfahrtsstaatlicher Leistungen vorzustellen. Wenn Politik die Produktion bindender Entscheidungen der Lasswell'schen Frage „Who gets what, when and how?“ ist, dann eröffnet der demografische Wandel die beunruhigende Möglichkeit einer Ablösung der wohlfahrtsstaatlichen Generationensolidarität durch einen scharfen intergenerationalen Verteilungskonflikt.

Noch beunruhigender könnte allerdings die Frage erscheinen, ob demokratische Politik mit dem Anwachsen des Bevölkerungsanteils der Alten überhaupt noch in der Lage sein kann, einen neuen Ausgleich zwischen den Generationen herzustellen. Immer öfter wird in der populären Literatur die Möglichkeit beschworen, dass die reichen Industriegesellschaften zu Gerontokratien einer neuen Art werden könnten, in denen eine Mehrheit von Alten mit demo-

Foto: CARO - HECHENBERG

kratischen Mitteln die politische Macht erobert und dazu nutzt, die Jüngeren wirtschaftlich auszubeuten. Ein Verlust der bislang im Wohlfahrtsstaat als selbstverständlich vorausgesetzten Dominanz der Aktiven über die Ausgeschiedenen könnte Politik und Gesellschaft die Mittel entziehen, die sie braucht, um Wohlstand und Fortschritt auch für ihre Zukunft zu sichern. Das politische System würde zum Instrument einer – unvermeidlich – untergehenden

Klasse; die Möglichkeit politischer Erneuerung wäre versperrt; und die Gesellschaft insgesamt verlöre ihre Zukunftsfähigkeit. Dass man sich heute über eine politische Machtergreifung der Älteren überhaupt Gedanken machen kann oder muss, hat mit drei Entwicklungen zu tun: mit der Überalterung oder „Unterjüngung“ (Franz Xaver Kaufmann) der reichen Industriegesellschaften, mit der Demokratisierung und vor allem der Durchsetzung des allgemeinen Wahlrechts sowie mit der Einrichtung des modernen Wohlfahrtsstaats.

Foto: BPA - PICTURE ALLIANCE



Alte Menschen sind politisch durchaus aktiv – auch wenn es um andere Themen als die Rente geht.

In den heutigen Befürchtungen über die künftige Politik alternder Gesellschaften lassen sich die Spuren einer Rhetorik wiederfinden, die schon in den politischen Diskussionen der Vergangenheit über den modernen Wohlfahrtsstaat präsent war: Die Befürchtung einer Nutzung der politischen Demokratie zur Selbstbereicherung einer parasitären Mehrheitsklasse, mit der Folge einer Strangulation der Marktwirtschaft und der Wachstumsdynamik des Kapitalismus durch eine Klasse von Rentiers, die ihren Lebensunterhalt nicht ehrlich am Markt verdient haben. In dieser Perspektive geht es denn auch in erster Linie gar nicht um Alte, sondern um Rentner: nicht um die Interessen alter Menschen als solche, sondern um die Auswirkungen ihrer sozialstaatlichen Alimentation auf die politische Ökonomie.

Anders als bei den Generationenkonflikten der Moderne ginge es bei

einem Verteilungskonflikt nicht um unterschiedliche Wertorientierungen oder Lebensweisen. Der Generationenkonflikt der Zukunft, der den Generationenvertrag des Sozialstaats ablösen würde, wäre ein politisch-ökonomischer Konflikt zwischen Gruppen mit widerstreitenden Einkommensinteressen. Sein Medium wäre das allgemeine Wahlrecht, mit dessen Hilfe eine wachsende Zahl von Alten ihre Rentiersinteressen gegen eine schrumpfende Zahl noch aktiver Jüngerer durchsetzen würde.

Wenn die junge Generation ihren Lebensunterhalt am Markt verdienen muss, während die Alten von den Zwängen des Marktes freigesetzt sind, unterscheiden sich beide auch durch



FOTO: DPA - PICTURE ALLIANCE

Senioren auf dem Vormarsch: Ältere Menschen haben meist eine intensivere Parteibindung als jüngere.

ihre Klassenlage. Politik kommt ins Spiel, insofern das wichtigste Produktionsmittel der Älteren die Macht des Staates ist, vermittelt deren die Solidarität der noch Arbeitenden notfalls auch erzwungen werden kann. Allerdings muss eine Klasse, die ihre wirtschaftliche Existenz mit staatlichen Mitteln sichern will, den Staat auch tatsächlich in Besitz nehmen können. Das kann sie nur, wenn sie politisch handlungsfähig ist, und dies setzt Organisationsfähigkeit voraus.

In einer seiner Abhandlungen über die Politik des postrevolutionären Frankreich im 19. Jahrhundert – in dem Aufsatz über den „18. Brumaire“ – fragt Marx, warum die französischen Bauern in dem jahrzehntelangen Hin und Her zwischen Revolution und Konterrevolution immer nur Spielball anderer Interessen wa-

ren, obwohl sie nicht nur die große Mehrheit der Bevölkerung stellten, sondern auch wirtschaftlich unentbehrlich waren. In seiner Antwort beschreibt Marx die Klasse der Bauern mit einer seiner machtvollsten Metaphern als „einfache Addition gleichnamiger Größen, wie etwa ein Sack von Kartoffeln einen Kartoffelsack bildet“: als strukturlosen Haufen gleicher, aber miteinander unverbundener Einzeler.

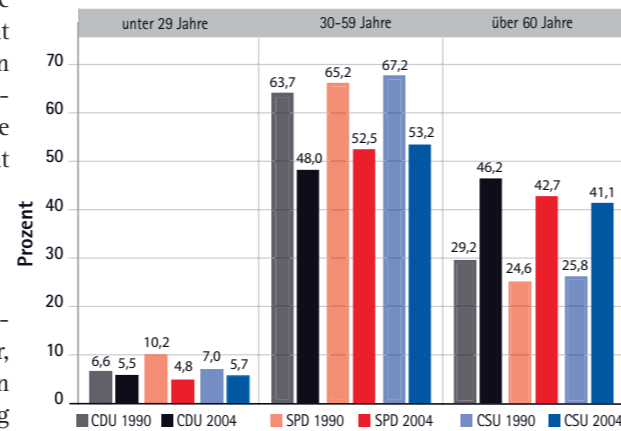
Sind die heutigen Alten politisch ein „Sack Kartoffeln“, so wie die französischen Bauern des 19. Jahrhunderts? Folgt man dem, was die Politikwissenschaft bis vor Kurzem sicher zu wissen glaubte, dann ist es mit der politischen Organisationsfähigkeit der Alten als Alte nicht weit her. In der Tat sind etwa graue Parteien in Deutschland und anderswo nie über eine Existenz als Kuriosität am Rande des Parteiensystems hinausgekommen. Alter als solches erschien der Forschung nur am Rande bedeutsam und war, wenn überhaupt, nur ein die Wahlentscheidung beeinflussendes soziales Merkmal unter anderen. Herkunft, Religion, Geschlecht, Beruf, Region waren mindestens ebenso wichtig oder wichtiger und wirkten sich bei Älteren auf dieselbe Weise aus wie bei Jüngeren.

**ALTERSEFFEKTE GEWINNEN AN POLITISCHEM GEWICHT**

Wo Unterschiede zu beobachten waren, ging es der Literatur im Wesentlichen um die Frage, ob sie auf Alters- oder Generationeneffekte zurückzuführen waren. Alterseffekte sind Folgen des Älterwerdens. Generationen- oder Kohorteneffekte dagegen gehen auf in der Vergangenheit empfangene Prägungen einer etwa gleichaltrigen Gruppe durch bestimmte historische Ereignisse und daran anknüpfende gemeinsame Erfahrungen zurück, die für das gesamte

weitere Leben der Gruppe bis in das Alter hinein bestimmend bleiben.

Was die Forschung über das politische Verhalten Älterer angeht, so wurde bisher Generationeneffekten im Vergleich zu Alterseffekten die größere Bedeutung zugemessen. Auch dass ältere Menschen meist intensivere Parteibindungen aufweisen und häufiger zur Wahl gehen als jüngere, erklärt die Politikforschung überwiegend nicht mit Alters-, sondern mit Generationeneffekten. Der amerikanische Altersforscher Robert H. Binstock führt an, dass in den USA die Wahlbeteiligung älterer Menschen von 1972 bis 1996 um 6,5 Prozent gestiegen ist, während sie in allen anderen



In den vergangenen Jahren hat die Zahl der Mitglieder über 60 Jahre in den großen deutschen Parteien zugenommen.

Altersgruppen zurückging (um nicht weniger als 37,4 Prozent für die Achtzehn- bis Vierundzwanzigjährigen!) – ein Wandel, der nur als Folge des Durchmarsches verschieden geprägter Geburtsjahrgänge durch die Altersgruppen erklärt werden könne.

Wäre auf all das Verlass, dann könnte der wissenschaftliche Befund zur Wahrscheinlichkeit einer auf das allgemeine Wahlrecht gegründeten Rentiers-Gerontokratie beruhigender nicht sein, und die lange herrschende Lehre der Politikwissenschaft behielte ihre Geltung. Mit dem Aussterben der politisch geprägten Kohorten der Kriegs- und Nachkriegsjahre stünde im Übrigen zu erwarten, dass die Organisationsfähigkeit der Alten sinken

würde. Allerdings sind in den Sozialwissenschaften Vorhersagen über längere Zeitabschnitte hinweg immer gewagt. Wie Wähler sich verhalten, kann sich als Folge unvorhergesehener Ereignisse und Entwicklungen auf unvorhersehbare Weise ändern.

**EINE KAUSALBEZIEHUNG, DIE SICH UMKEHREN LÄSST**

Die Politik demokratisch gewählter Regierungen folgt den Präferenzen ihrer Wähler. Aber wie so oft in der sozialen Welt lässt sich diese Kausalbeziehung auch umkehren. Auch hier sind die Folgen nicht leicht vorherzusehen. Die Wirkungen einer Politik kommen zu den Bedingungen ihrer Fortsetzung oder Beendigung hinzu. Deshalb unterliegt der Rückbau des Wohlfahrtsstaats anderen Gesetzen als sein Aufbau. Der Widerstand, den er überwinden muss, ist nicht nur der seiner ursprünglichen Unterstützer, sondern auch der seiner späteren Klientel.

Über lange Zeit war die Macht der Interessenorganisationen alter Menschen im besten Falle defensiver Natur – und trotzdem nicht stark genug, um „Reformen zu verhindern, die mit den Interessen einer zu Unrecht als einheitlich vorgestellten Gruppe der ‚Alten‘ unvereinbar schienen“, so Binstock. Dies aber scheint sich in den vergangenen Jahren geändert zu haben.

Ob und in welchem Interesse freilich die Alten von ihrer gewachsenen Mobilisierbarkeit Gebrauch machen und machen werden, lässt sich nicht mit Sicherheit vorhersagen. Ein Beispiel ist die Untersuchung von J.W. Button über Volksabstimmungen zur Finanzierung kommunaler Bildungsausgaben im US-Staat Florida, wo besonders viele alte Menschen wohnen. Wie zu erwarten, erweist sich die Wahlbeteiligung der Älteren im Vergleich zu den Jüngeren als hoch.

Zugleich findet die Studie eine besonders starke Ablehnung von Anleihen und Steuererhöhungen für Schulen in Wahlbezirken, in denen viele Alte wohnen und zur Wahl gehen. Hierin werde, so Button, ein Generationenkonflikt sichtbar, bei dem

eine wachsende Anzahl Älterer in relativ guten wirtschaftlichen Verhältnissen einer jüngeren Generation mit einem relativ großen Armutsrisiko gegenüberstehe. Allerdings zeigt sich auch, dass die Wahrscheinlichkeit einer Ablehnung von Bildungsausgaben mit höherem Wohlstand abnimmt. Auch stimmen Frauen eher für Bildungsausgaben als Männer und Schwarze eher als Weiße.

Vergleiche mit Studien aus den 1960er- und 1970er-Jahren scheinen darüber hinaus zu belegen, dass das Abstimmungsverhalten auch vom Bildungsniveau, vom sozialen Status und von den allgemeinen politischen Zeitumständen abhängt. Selbst in den Vereinigten Staaten, wo die rationale Verfolgung materieller Interessen geradezu als ontologische Wesensbestimmung menschlichen Handelns gilt, steht also nicht von vornherein fest, dass ältere Bürger die Zustimmung zu Steuererhöhungen zugunsten besserer Schulen verweigern.

**EGOISMUS KONTRA MORALISCHE ÖKONOMIE?**

Dass Menschen mit dem Alter egoistischer werden und aufhören, sich für die Welt nach ihrem Tod mitverantwortlich zu fühlen, ist eine Verallgemeinerung ohne empirische Grundlage. Alte wie junge Menschen sind eingebettet in die moralische Ökonomie der Gesellschaft und haben teil an dem von ihr geregelten sozialen Austausch. Was sie dabei für ihre Interessen halten wollen und was nicht, wird auch von den in ihrer Gesellschaft vorherrschenden moralischen Vorstellungen beeinflusst. Dass die Alten ihre materielle Unterstützung der Jungen häufig davon abhängig machen, dass diese ihr Verhalten nach bestimmten gesellschaftlichen Normen ausrichten, lässt sich als Ausdruck eines aktiven, über die eigene Lebenserwartung hinausreichenden moralischen Zukunftsinteresses verstehen.

Vor allem in Europa findet politische Beteiligung nicht nur durch Teilnahme an Wahlen statt, sondern auch durch Mitgliedschaft in Interessenverbänden und politischen Parteien. Der Zuwachs

bei den Älteren erscheint bei allen Parteien (siehe Tabelle auf Seite 54) als Folge des Durchmarsches einer bestimmten, am unteren Ende der Altersverteilung nicht mehr durch neue Mitglieder ersetzten Alterskohorte – der Geburtsjahrgänge 1930 bis 1960 – durch den Altersaufbau.

Was bedeutet die Überalterung beziehungsweise Unterjüngung der großen politischen Mitgliederorganisationen für deren Politik und damit für die Politik der alternden Gesellschaft? Eine Vorschau bieten die schon heute beobachtbaren Probleme der Gewerkschaften. Der Tradition der Gewerkschaften entspricht, dass ihre Mitglieder auch nach Eintritt in den Ruhestand ihre Mitgliedschaft nicht



Gewerkschaften suchen die Unterstützung der Rentner, wollen aber gleichzeitig deren Mitsprache begrenzen.

aufgeben – nicht nur aus sentimentalen Gründen und wegen des Widerstands der Betroffenen, sondern auch, weil die Gewerkschaften die Vertretung der Interessen von Arbeitnehmern im Ruhestand nicht anderen Verbänden überlassen wollten.

Je weiter die Zahl der jüngeren Mitglieder zurückging, desto wertvoller wurde die freiwillige Mitarbeit der nicht mehr berufstätigen, gewerkschaftlich aber noch aktiven älteren Mitglieder, etwa bei der Verteilung von Flugblättern oder der Organisation von Streikposten. Allerdings bringen einige von ihnen neben ihrer unentgeltlichen Arbeit auch radikale politische Überzeugungen in die Gewerkschaft ein, die manchen heute verantwortlichen Funktionären unzeitgemäß und, etwa bei der Mitgliederwerbung, sogar hinderlich vorkommen. ▶

GRAFIK: CHRISTOPH SCHNEIDER - QUELLE: O. NIEDERMAYER: PARTEIMITGLIEDERSCHAFTEN IM JAHRE 2004, ZEITSCHRIFT FÜR PARLAMENTARISCHEN, No.2 (2005), 382-389.

Zunehmend problematisch erscheinen auch die speziellen wirtschaftlichen Interessen der Ruhestandler. Solange die Rentenformel die Renten an die Reallöhne koppelt, sind die nicht mehr betriebstätigen ebenso wie die betriebstätigen Mitglieder an hohen Lohnsteigerungen interessiert. Anders ist dies jedoch bei den Beiträgen zur Rentenversicherung: Während die Rentner Beitragserhöhungen zum Zweck der Sicherung des Rentenniveaus für einen selbstverständlichen Teil des Generationenvertrags halten, ist dies bei den immer stärker belasteten Aktiven nicht von vornherein zu erwarten.

Vor allem deshalb wird heute in allen europäischen Gewerkschaften



FOTO: DPA - PICTURE ALLIANCE

**Auch wenn es so scheint: Dass Menschen mit dem Alter egoistischer werden, ist empirisch nicht belegt.**

über Statutenänderungen nachgedacht, mit denen der Einfluss der Rentnermitglieder auf die Gewerkschaftspolitik begrenzt werden soll. Von einer Herrschaft der Rentner in den Gewerkschaften kann man allerdings dennoch nicht sprechen, eher von strategischen Manövern der Gewerkschaftsleitungen gegenüber einer Mitgliedergruppe, deren Unterstützung man gut gebrauchen kann, ohne dass man ihr dafür allzu viel Mitsprache zugestehen will.

Zu erwarten steht, dass in einer alternden Gesellschaft auch die gewählten politischen Repräsentanten älter werden. Mit einer politischen Machtübernahme der Alten vermittelt ihrer Kontrolle über das Parteiensystem hat dies jedoch nichts zu tun, denn Parteien unterliegen regelmäßiger Disziplinierung durch allgemeine Wahlen.

Dass sich keine große Partei heute offen gegen die Interessen der Rentner stellt, hat mit der Struktur der Wählerschaft und nicht mit der Zusammensetzung der Parteimitgliedschaft zu tun. Zwar dominieren die Älteren das Innenleben der politischen Parteien – und in Zukunft gewiss noch mehr als heute –, aber gleichzeitig lernen die Parteiapparate immer besser, ihre Politik von Mitgliedschaft und Mitgliedschaftsmotiven abzukoppeln, auch indem sie sich bei Wahlkämpfen auf gekaufte Dienstleistungen statt auf freiwillige Beteiligung der Parteibasis stützen.

Je weiter in der plebiszitären Mediendemokratie die „Amerikanisierung“ der Wahlkämpfe und der Parteiapparate fortschreitet, desto weniger kommt es darauf an, wer sich noch als Parteimitglied einschreibt und betätigt. Die gealterten Mitglieder der *civic generation* (Putnam) dürften bis zum Ende ihres Lebens den Organisationen treu bleiben, über die sie einst, als sie jung waren, ihre politische Identität definiert haben, und da ihnen niemand mehr nachfolgt, bleiben sie unter sich.

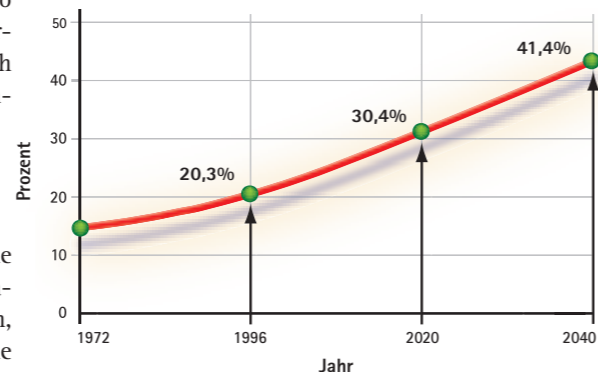
Macht gibt ihnen dies aber nicht; im Gegenteil dürfte die Überalterung der Mitgliedschaft ihre politische Irrelevanz endgültig besiegeln. Mit dem Aussterben eines gealterten und nicht mehr erneuerten Mitgliederbestandes endet dann eine Epoche, in der soziale Integration noch durch politische Organisation stattfand und möglich war. Mit ihr würde eine Parteiendemokratie zu Ende gehen, die nicht nur auf Wahlen gegründet war, sondern auch auf organisatorische Partizipation.

**DIE POLITIK WIRD KEINE SPRÜNGE MACHEN**

Die Komplexität der sozialen Welt und die Besonderheiten menschlichen Handelns als Ursache sozialer

Wirkungen machen es unmöglich, zukünftige gesellschaftliche Entwicklungen mithilfe deterministischer Kausalmodelle aus gegenwärtig beobachteten Sachverhalten abzuleiten. Veränderte demografische Strukturen lassen sich nicht einfach in neue politische Mehrheiten umrechnen. Stets können neue Einflussfaktoren wirksam werden.

Die Politik der gealterten Gesellschaft wird deshalb nicht radikal anders sein als die Politik von heute. Die neue Politik des Wohlfahrtsstaats – die seiner Begrenzung und Zurückschneidung – findet statt in einem Kontext zunehmend volatilen Wählerverhaltens, aber auch erhöhter Mobilisierbarkeit und verbesserter



**Anteil der Stimmen der über 65-Jährigen an der Gesamtzahl der abgegebenen Stimmen bei Wahlen in den USA.**

GRAFIK: CHRISTOPH SCHNEIDER - QUELLE: ROBERT H. BINSTOCK: OLDER PEOPLE AND VOTING PARTICIPATION: PAST AND FUTURE. IN: THE GERONTOLOGIST 40 (1), 18-31

Mobilisierungsbedingungen einer gewachsenen Klientel der immer schwieriger zu finanzierenden öffentlichen Rentenversicherungssysteme.

Mit dem Interessenbewusstsein der Rentenempfänger scheint deren Bereitschaft zugenommen zu haben, auch jahrzehntelang gewählten Parteien die Unterstützung zu entziehen. Bei knappen Mehrheiten und schwachen Parteibindungen kann dies wahlentscheidend sein oder den Parteien so erscheinen, auch wenn andere Themen alles andere als bedeutungslos geworden sind.

Versuche traditioneller Kritiker des Wohlfahrtsstaats, durch Mobilisierung eines gegen die Alten gerichteten Interessenbewusstseins der Jungen den Rückbau desselben zu betreiben, sind bisher immer fehlgeschlagen. Womöglich liegen der Schlüssel zur Politik der

alternden Gesellschaft und die Antwort auf die Frage, ob es zu einer politischen Polarisierung zwischen den Generationen kommen wird, weniger bei den Alten als bei den Jungen, die erst noch entscheiden müssen, ob ihnen der Wunsch nach Entlastung der Staatshaushalte vom Defizit der Rentenkassen wichtig genug ist, um von Parteien und Regierungen einschneidende Kürzungen der Versorgungsansprüche gegenwärtiger und künftiger Rentnergenerationen zu verlangen.

**EIN WERTEHORIZONT FÜR ALT UND JUNG**

Kluge Politik kann durch institutionelle Reformen mögliche Verteilungskonflikte im Voraus entschärfen. Ausichtsreiche Reformen sind eine graduelle Erhöhung des Rentenalters und ein partieller Umbau des Wohlfahrtsstaats in Richtung auf Eigenvorsorge durch angespartes Eigenkapital.

Auch wenn die Politik darüber mitentscheidet, ob die neue Demografie in einen wohlfahrtsstaatlichen Generationenkonflikt einmündet, ist sie andererseits nicht allmächtig. Wenn wie im Bismarck'schen Sozialversicherungsstaat die Rente als Rückzahlung geleisteter Beiträge konzipiert ist, kann im Zuge der Rechtsentwicklung der Rentenanspruch als Eigentumsrecht ausgestaltet werden. Ist dies einmal geschehen, sind Eingriffe in Rentenansprüche schwieriger.

Die Neuverhandlung des Generationenvertrags als Interessenausgleich zwischen Alt und Jung unter veränderten demografischen Vorzeichen erscheint somit als Stunde einer Politik, die freilich erst noch zeigen muss, ob sie der Aufgabe gewachsen ist. Wenn die Anpassung der wachsenden Versorgungslasten an die Notwendigkeiten gesellschaftlicher Zukunftssicherung ohne Schaden für den gesellschaftlichen Zusammenhalt bewältigt werden soll, muss sie in eine umfassende altersfreundliche Umgestaltung der öffentlichen Daseinsvorsorge – aber auch der Arbeitswelt – eingepasst werden. Dies kann grundsätzlich allen Bürgern zugutekommen, weil alle einmal alt sein werden.

Nur wenn es ihr gelingt, gemeinsame Interessen zu entdecken und in den Vordergrund zu rücken, kann die Politik hoffen, die möglich gewordenen Verteilungskonflikte zwischen den Generationen so zu entschärfen, dass Altersfreundlichkeit und Zukunftssicherung ohne blockierende Polarisierung gleichzeitig in Angriff genommen werden können.

Ausschlaggebend wird freilich sein, ob Politik und Öffentlichkeit der alternden Gesellschaft eine Neubestimmung der Rechte und Pflichten von Alt und Jung zustande bringen, die den wohlfahrtsstaatlichen Konsens über die moralische Notwendigkeit der Abschaffung von Altersarmut weiterentwickelt. Hier wird es vor allem auf den Wertheizont ankommen, innerhalb dessen die Mitglieder der Gesellschaft ihre individuellen und kollektiven Interessen definieren.

Interessen, auch materieller Art, bedürfen der Konkretisierung in Auseinandersetzung mit gesellschaftlich sanktionierten Werten und Normen. Wie Handelnde ihre politischen Interessen verstehen, hängt auch von der moralischen Rhetorik ab, der sie ausgesetzt sind. Eine kulturelle Stillierung menschlichen Handelns als moralisch indifferente rationale Wahl kann die Fähigkeit der Politik, Verteilungskonflikte zu bewältigen, zu nichtemachen.

Letzten Endes werden die Alten dafür gewonnen werden müssen, für die Zukunft der Gesellschaft auch über ihr Ableben hinaus Verantwortung zu übernehmen. Dies ist im Kern eine moralische Frage. Die alternde Gesellschaft kann eine Zukunft haben, wenn es ihr gelingt, ihre alten Mitglieder weiterhin so eng in das Beziehungsgeflecht ihrer moralischen Ökonomie einzubinden, dass sie sich ihr gegenüber nicht nur berechtigt, sondern auch verpflichtet fühlen. Möglicherweise bedarf es dazu nicht mehr als der behutsamen Bewahrung und Kultivierung bestehender Bindungen und Bindungsbereitschaften; aber dies kann in Zeiten von Individualisierung und Marktrationalität das Schwierigste überhaupt sein. ANTONIA RÖTGER



**DIE ZUKUNFT DES ALTERNS**

In den wohlhabenden Staaten werden die Menschen immer älter. Während die durchschnittliche Lebenszeit steigt, boomt der Absatz von Anti-Aging-Produkten. Es wollen zwar alle lange leben, dabei aber jung bleiben. Erstaunlich jedoch ist, wie wenig wir über den Prozess des Alterns und seine Hintergründe und Zusammenhänge wissen.

Das Buch *Die Zukunft des Alterns*, herausgegeben von Peter Gruss, Präsident der Max-Planck-Gesellschaft, informiert in allgemeinverständlicher Sprache über den neuesten Stand der Altersforschung und die relevanten biologischen Prozesse. Die Autoren sind international renommierte Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, vorwiegend der Max-Planck-Gesellschaft.

Die Themen der einzelnen Beiträge:

- PAUL B. BALTES – Alter(n) als Balanceakt.
- Im Schnittpunkt von Fortschritt und Würde
- GERD KEMPERMANN – Nicht ausgeliefert an Zeit und Welt: Die Plastizität des alternden Gehirns
- JAMES W. VAUPEL UND KRISTIN G. VON KISTOWSKI – Die Plastizität menschlicher Lebenserwartung und ihre Konsequenzen
- ANNETTE BAUDISCH – Altern im Lichte der Evolution
- CHRISTIAN BEHL UND F. ULRICH HARTL – Molekulare Mechanismen des Alterns
- ADAM ANTEBI – Modellorganismen des Alterns
- FLORIAN HOLSBOER – Altersbedingte Erkrankungen – das Wechselspiel von Veranlagung und Lebensweise
- FLORIAN HOLSBOER UND HANS SCHÖLER – Therapiewege der Zukunft
- ULMAN LINDENBERGER – Technologie im Alter: Chancen aus Sicht der Verhaltenswissenschaften
- JÜRGEN BAUMERT UND URSULA STAUDINGER – Bildung, Lernen und Arbeit jenseits der 50
- MICHAEL STOLLEIS – Geschichtlichkeit und soziale Relativität des Alters
- WOLFGANG STRECK – Politik in einer alternden Gesellschaft: Vom Generationenvertrag zum Generationenkonflikt?
- PETER GRUSS (Hrsg.), DIE ZUKUNFT DES ALTERNS, Die Antwort der Wissenschaft, 331 Seiten, C.H. Beck Verlag, München 2007, 16,90 Euro.

FOTO: MPI FÜR GESELLSCHAFTSFORSCHUNG



PROF. DR. WOLFGANG STRECK, Jahrgang 1946, erforscht unter anderem politische Ökonomie und Wirtschaftssoziologie. Die Rolle von Interessenverbänden wie Gewerkschaften und die europäische Integration interessieren ihn dabei besonders. Ab 1988 lehrte er an der Universität von Wisconsin in Madison und wurde 1993 Fellow am Wissenschaftskolleg Berlin. Streck hatte zudem Gastprofessuren an verschiedenen internationalen Universitäten inne, ehe er 1995 Direktor am Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung wurde. Aktuell arbeitet er über die Liberalisierung des deutschen Modells einer demokratisch-kapitalistischen Wirtschafts- und Sozialordnung und die Dynamik institutionellen Wandels.